

REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
175 · Ausgabe Region Bern · Mai 2018



STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 10. JUNI

Naturschutz oder Bauschutt im Rehhag?

Die Planung Rehhag ist kein einfaches Geschäft. Sie besteht aus einer Überbauungsordnung, einem Zonenplan und zwei Baugesuchen. Seit Jahren sind verschiedene Gremien und Interessengruppen involviert.

Westlich von Bümpliz, an der Grenze zur Gemeinde Köniz, wurden über 100 Jahre lang Lehm abgebaut und Ziegel hergestellt. Seit 2002 ist der Ziegeleibetrieb stillgelegt und die Lehmgrube im kantonalen Richtplan Abfall, Deponie, Transporte (ADT) als Deponiestandort festgelegt. Parallel dazu hat sich das Gebiet zu einem der wichtigsten Naturräume der Region Bern entwickelt.



Timur Akçasayar, Stadtrat

Weshalb die Planung einer Bauschuttdeponie?

Die nun von der Stadt Bern vorgelegte Planung hat zum Ziel, die Wiederauffüllung der Abbaugrube mit Aushub und Bauschutt sicherzustellen und so die regionalen und kantonalen gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Für das heutige Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung sind Ersatz- und Sicherungsmassnahmen vorgesehen. Nach der Auffüllung in 14 Jahren soll ein Naturschutzgebiet entstehen und in Teilen für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Weiter soll die Nutzung auf dem Betriebsgelände erhalten bleiben (Industrie/Gewerbe) und das Quartier mit einer temporären Erschliessungsstrasse vor dem Deponieverkehr geschützt werden.

Der Erhalt seltener Tier- und Pflanzenarten muss hoch gewichtet werden.

Alte Forderung nach mehr Naturschutz

Bereits früher haben sich die SP und die Umweltverbände kritisch zur Wiederauffüllung und deren Umsetzung geäussert. Mehrfach und von verschiedener Seite wurde sogar der Verzicht auf ein Auffüllen der Grube zugunsten des Erhalts der Naturwerte verlangt. Die aktuelle Planung wurde 2017 öffentlich aufgelegt, und die Stadtpartei sowie die Sektion Bümpliz/Bethlehem haben sich kritisch bis ablehnend geäussert. Letztere hat gegen beide Baugesuche (Wiederauffüllung und Erschliessungspiste) Einsprache erhoben. An der Mitgliederversammlung der Sektion vom 6.9.2017 wurde einstimmig ein Positionspapier «Rehhag» verabschiedet. Darin wird die geplante Auffüllung mit Inertstoffen abgelehnt. Kritisiert werden u.a. die fehlende Transparenz beim Infrastrukturvertrag mit den Eigentümern sowie die fehlenden Kontrollen des Deponieverkehrs und des einzufüllenden Grubenmaterials. Auch der Stadtrat hatte sich bereits 2003 negativ zur Auffüllung geäussert. Mit der SP-Motion «Planung Rehhag: Naturschutz und Naherholung statt Bauschuttdeponie!» wurde ein politischer Auf-

trag erheblich erklärt. Der Rat lehnte 2013 die Abschreibung der Motion ab und sprach sich erneut gegen eine Bauschuttdeponie und gegen die Ablagerung von Aushubmaterial aus.

Aktuelle Debatte und Abstimmung

Unterstützt von der Freien Fraktion, stellte die SP/JUSO-Fraktion in der jüngsten Stadtratsdebatte einen Rückweisungsantrag, da der aktuelle Bedarf an Deponien in der Region nicht genügend nachgewiesen werden konnte und der Erhalt seltener Tier- und Pflanzenarten hochgewichtet werden muss. Bedroht sind die seltene Gelbbauchunke und weitere geschützte und bedrohte Amphibienarten, 44 Vogelarten, seltene Tagfalter-, Libellen- und Heuschreckenarten sowie ein grosses Vorkommen der geschützten Orchidee Sumpfstendelwurz. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch zur Abstimmungsbotschaft stellte die SP verschiedene klärende und ergänzende Anträge. Am Ende hat die SP/JUSO-Fraktion die Überbauungsordnung und den Zonenplan im Interesse der Artenvielfalt und des Naturschutzes abgelehnt. Die Delegierten der SP Stadt Bern werden am 7. Mai über die Abstimmungsparole befinden, und am 10. Juni entscheidet das Stimmvolk.

NEIN zum neuen Polizeigesetz!

VIELE GRÜNDE SPRECHEN FÜR DAS REFERENDUM GEGEN DIE POLIZEISETZREVISION 2018. DIESE SETZT EINSEITIG AUF REPRESSIVE MASSNAHMEN UND SCHRÄNKT DIE GRUNDRECHTE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER TEILWEISE MASSIV EIN.

In der Märzsession hat der Grosse Rat das Polizeigesetz (PolG) mit 123 Ja- zu 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen verabschiedet. Diverse Gruppierungen haben daraufhin das Referendum ergriffen. Auch die SP Stadt Bern und die SP Kanton Bern unterstützt das Referendum.

Mit der Totalrevision des PolG ist eingetroffen, was die SP Stadt Bern bereits im Rahmen der Vernehmlassung kritisierte: Die Kompetenzen der Polizei wurden in vielen Bereichen ausgedehnt, z.B. im Zusammenhang mit verdeckten Ermittlungen, Wegweisungen, Polizeigewahrsam und Durchsuchungen von Personen. Im Gegenzug wurde der Rechtsschutz, etwa in Form einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle, nicht ausgebaut.



Yasemin Cevik, Stadträtin

Aus Sicht der SP Stadt Bern sind insbesondere folgende Punkte des PolG höchst problematisch:

- Es gibt Verschärfungen im Bereich von Wegweisungen.
- Neu kann die Polizei verdeckt fahnden bzw. vorermitteln und observieren, ohne dass dazu ein richterlicher Beschluss nötig wäre.
- Gestützt auf das PolG können Kosten von Polizeieinsätzen auf die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen von Kundgebungen und Veranstaltungen überwältzt werden.
- Schliesslich sieht das Gesetz Bestimmungen vor, die sich explizit gegen Fahrende richten.

Kostenüberwälzung an OrganisatorInnen

Gemäss dem neuen PolG können den OrganisatorInnen dann die Polizeikosten auferlegt werden, wenn der Anlass nicht bewilligt war und es zu Ausschreitungen kommt oder wenn die VeranstalterInnen vorsätzlich oder grobfahrlässig gegen die Bewilligungsaufgaben verstossen haben. InitiantInnen von Kundgebungen müssen dann mit zusätzlichen Kosten von bis zu 30 000 Franken rechnen. Das Gesetz geht aber noch weiter und sieht auch eine Kostenüberwälzung auf Teilnehmende von Demonstrationen von bis zu 10 000 Franken vor, auch wenn sie weder selber Gewalt angewendet noch dazu aufgerufen haben.

Für die SP Stadt Bern ist diese massive Beeinträchtigung der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit nicht hinnehmbar. Der Kanton Luzern kennt diese Bestimmungen bereits heute und es zeigt sich, dass sie durchaus das Potenzial haben, OrganisatorInnen von der Lancierung einer Kundgebung abzuhalten – wie das Beispiel der 1.-Mai-Feier zeigt. Für Bern als Bundesstadt, die häufig Ort nationaler Kundgebungen ist, sind diese Bestimmungen noch problematischer.

Weitere Verschärfungen

Die Bestimmungen betreffend verdeckte Fahndung und Vorermittlung sowie Observation sind aus

Sicht der SP Stadt Bern ebenfalls höchst bedenklich. So kann die Polizei z.B. ohne konkreten Tatverdacht und über eine Dauer von bis zu einem Monat eine Observation durchführen – erst danach muss sie eine richterliche Genehmigung einholen.

Die Kompetenzen der Polizei werden in vielen Bereichen ausgedehnt, ohne dass im Gegenzug der Rechtsschutz verbessert wird.

Auch die Regelungen zu den Wegweisungen, insbesondere von Einzelpersonen, lehnt die SP Stadt Bern klar ab. Sie bergen die Gefahr der Ausgrenzung und Verdrängung von Menschen in prekären Lebenslagen. Äusserst problematisch ist, dass solche Wegweisungen auch mündlich angeordnet werden können.

Weiter hat der Grosse Rat eine sogenannte «Lex Fahrende» aufgenommen. Diese sieht vor, dass weggewiesen werden kann, wer unerlaubt auf privatem oder öffentlichem Grund campiert.

Für das Zustandekommen des Referendums sind 10 000 Unterschriften nötig. Die Sammelfrist hat am 18. April begonnen und dauert drei Monate. Dem aktuellen «regiolinks» liegt deshalb eine vorfrankierte Unterschriftenkarte bei. Danke für das Ausfüllen und Zurückschicken!

Weitere Informationen und zusätzliche Unterschriftenbogen: www.polizeigesetz-nein.be



SPITEX – Die Hauspflege im Fokus der Medien und der Politik

DIE SPITEX-ORGANISATIONEN UND IHRE FÜHRUNG WAREN IN LETZTER ZEIT OFT THEMA VON NEGATIVEN MEDIENBERICHTEN. NUR SPÄRLICHE BEACHTUNG FAND JEDOCH DIE WICHTIGE ARBEIT DER SPITEX-ANGESTELLTEN. REGIOLINKS HAT SPI SPITEX-MITARBEITERIN MARIANNE GAFNER-OESCH ZUM GESPRÄCH GETROFFEN. Interview: Hans-Jörg Rhyin

Regiolinks: Marianne, du wohnst in Bern und arbeitest als Krankenpflegerin FA/SRK in einer öffentlichen SPITEX-Organisation in der Region. Wie sieht dein beruflicher Alltag aus, was für Leute pflegst du?

Marianne Gafner-Oesch: Vor allem ältere, gebrechliche Personen. Ich helfe bei der Körperpflege, beim Aus- und Anziehen, inkl. Kompressionsstrümpfe, Schienen, Prothesen. Ich messe Blutdruck, Puls und Gewicht, kontrolliere die Einnahme von Medikamenten, mache Spritzen und wechsele Verbände.

Wie befriedigend ist diese Tätigkeit für dich? Welche Licht- und Schattenseiten hat dein Beruf?

Ich liebe die Arbeit bei der SPITEX von Herzen, gehe ich doch fast ständig zu jemandem «auf Besuch». Positiv zu vermerken ist die Dankbarkeit der Besuchten und dass die Pflegearbeit im fremden Haushalt mir Gelegenheit gibt, gut auf die Privatsphäre zu achten und so dem Patienten mehr Würde zu bewahren. Positiv ist auch die Zusammenarbeit im Team. Es ist das beste Team, das man sich vorstellen kann. Auch das Verhältnis zu den Vorgesetzten ist gut.

Negativ? Der Lohn ist tief, die Arbeit anstrengend und die Arbeitszeiten sind manchmal lang. Besonders bei geteilten Diensten, die am frühen Morgen beginnen und am späten Abend enden. Negativ für den Pflegeberuf ist auch die unterschiedliche Wertschätzung in der Öffentlichkeit: Was? Füdleputze? Zu diesem nicht angenehmen Teilbereich unserer Arbeit reichen die Meinungen von Abscheu bis Bewunderung. Der Lohn dafür entspricht eher der Geringschätzung...

Gegenwärtig sind im Pflegebereich gesamtschweizerisch 11000 Stellen nicht besetzt und 20 Prozent der Angestellten haben ihren Beruf bereits 5 Jahre nach der Ausbildung verlassen. Warum?

Unattraktive Arbeitszeiten, wenig Anerkennung, wenig Lohn und Konfrontation mit vielen schwierigen Lebenssituationen. Viele Pflegenden wirken ausgebrannt. Auch ich merke, dass in kürzerer Zeit mehr gearbeitet und häufiger Abenddienst geleistet werden muss.

Wer «aussteigt», hat meist zu spät erkannt, dass die Berufsaussichten sehr eingeschränkt sind. Und eine Lohnerhöhung habe ich in all meinen SPITEX-Jahren noch nie erhalten.



Gibt es auch eine psychische Belastung?

Ja klar! Belastend sind Bilder von jungen Menschen mit schweren, unheilbaren Krankheiten. Oder von Menschen in unwürdigen Verhältnissen, die an Vernachlässigung grenzen. Einmal erlebte ich körperliche Gewalt von einem Demenzkranken und war über lange Zeit sehr verunsichert.

Wie siehst du persönlich deine Zukunft in der Pflege?

In meinem Alter habe ich Erfahrung darin, mit Zeitdruck und Stress umzugehen und Vorhaltungen wegen Zeitüberschreitung zu ertragen. Ich kann mir deshalb vorstellen, bis zur Pensionierung in der SPITEX zu arbeiten. Dazu brauche ich einfach ab und zu eine Physio-Verordnung für den Rücken...

Private, profitorientierte SPITEX-Unternehmungen drängen auf den Gesundheitsmarkt und offenbar herrscht die Meinung, dass Private die Pflegeleistungen billiger erbringen können. Wie wird sich das auf dein berufliches Umfeld auswirken?

Man hört nichts Gutes. Vermutlich wird noch mehr Zeit- und Lohndruck kommen. Qualitätsvergleiche sind für mich schwierig. Von Privaten kommen aber Mitarbeitende und Klienten zurück zu uns. Das spricht doch eher für die öffentliche SPITEX.

Sind die SPITEX-Mitarbeitenden gut organisiert? Habt ihr eine Chance, euch solidarisch gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen?

Da bin ich nicht sicher. Seit wir neue Arbeitskleider haben, müssen wir diese privat waschen, mit nur kleiner Entschädigung. Eine Kollegin, sammelte Unterschriften um der GL mitzuteilen, dass wir das nicht möchten. Die GL forderte sie auf, dies sofort einzustellen.

Welche Wünsche und Forderungen hättest du persönlich in Bezug auf die künftigen beruflichen Rahmenbedingungen?

Drei Wünsche:

1. Mehr Lohn! Abwechslung haben wir genug.
2. Einführung eines reinen Abenddienst-Teams mit Leuten, die gerne geteilte Dienste leisten oder abends arbeiten wollen.
3. Arbeitskleider sollen wieder vom Arbeitgeber gewaschen werden.

Marianne Gafner-Oesch ist Mitglied des vpod, ein grosser YB-Fan und wählt rot-grün. Wir danken für die Bereitschaft zum Gespräch.

Merci, Stefan!



Edith Siegenthaler,
Co-Präsidentin
SP Stadt Bern

Stefan Jordi, der Co-Präsident der SP Stadt Bern, ist an der Hauptversammlung Ende März zurückgetreten. Nach insgesamt dreizehn Jahren in der Parteileitung und fünf Jahren im Präsidium der SP Stadt Bern wird er sich nun vermehrt auf sein Grossratsmandat konzentrieren.

Bevor er zum Co-Präsidenten der SP Stadt Bern gewählt wurde, war Stefan zunächst als Präsident von Pro Velo und engagierter Velopolitiker in der Parteileitung aktiv. 2013 haben Stefan und ich dann das Präsidium der SP Stadt Bern übernommen.

Im Co-Präsidium hatten wir von Anfang an eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir stützten einander in schwierigen Situationen und konnten die zeitliche Belastung, die das Präsidium mit sich bringt, gut auf unsere Schultern verteilen.

Inhaltlich bot sich uns ein breites Feld von politischen Themen, die die SP in dieser Zeit bearbeitete. So entstanden zum Beispiel in den Arbeitsgruppen neue Positionspapiere zu Kultur, Sport, Sicherheit und Mobilität. Stark beschäftigten uns zudem die Wahlen 2016. Wir haben gemeinsam intensive Verhandlungen geführt und schwierige Entscheidungen getroffen.



Stefan hat als Co-Präsident immer wieder seinen Blick für das Wesentliche eingebracht. Ausufernde Diskussionen waren nicht seine Sache. Viel eher fragte er nach, was denn nun der wesentliche Punkt sei, so dass das Ziel in den Diskussionen nicht aus dem Blick geriet. Mit einer Prise Humor schaffte er es, auch angespannte Situationen aufzulockern. Zudem hatte er ein gutes Augenmass für die Tragweite der Probleme, die wir in der Partei behandelten. Er wies

mit gutem Grund ab und zu darauf hin, dass es auch noch Dinge gibt, die die Menschen in Bern weit mehr bewegen, als das aktuelle jeweilige Diskussionsthema.

Ich danke Stefan ganz herzlich für seine Arbeit, die er mit viel Herzlichkeit, Humor und Loyalität für die SP Stadt Bern erbracht hat – und insbesondere auch für die unzähligen Stunden, die er mit mir und ganz vielen anderen Genossinnen und Genossen für die Partei eingesetzt hat.

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 10. JUNI

Wahlkampf gegen Behinderten-WCs

Wenn im Berner Stadtrat sogar die FDP einer Vorlage mit dem Reizwort «Reitschule» im Namen zustimmt, könnte man ja gemeinhin davon ausgehen, dass diese kaum Potenzial zur Aufregung birgt. So geschehen vor knapp einem Jahr, als der Stadtrat mit 53 zu 7 Stimmen beschloss, die Grosse Halle der Reitschule mit rollstuhlgängigen WC-Anlagen und Rauchabzugsanlagen auszurüsten, um damit den Vorschriften zur Hindernisfreiheit und zum Brandschutz nachzukommen.

Doch weit gefehlt: Ein dauerempörter Berufspolitiker aus dem Westen Berns, der

dank drei Parlamentsmandaten ein beachtliches Einkommen vom ansonsten so verhassten Staat («Bananenrepublik») bezieht, erkannte das gewaltige Potenzial von Behinderten-WCs und Brandschutz-Anlagen sofort. Pünktlich auf den Grossratswahlkampf hin ergriff er deshalb das Referendum gegen die Vorlage und am 10. Juni entscheiden nun die Stimmberechtigten über die Sanierung der Grossen Halle.

Sein Hauptziel – den Wiedereinzug in den Grossen Rat und damit noch mehr Einkommen vom Staat – mag er damit zwar erreicht

haben. Sein Nebenziel – die Reitschule doch noch zu einem brandgefährlichen Ort zu machen, an dem Menschen (mit Behinderungen) diskriminiert werden – dürfte an den Wahlurnen hingegen chancenlos bleiben.

Welch ein Glück, in einer Stadt zu leben, in der selbst ein SVP-Hardliner keine grösseren Sorgen hat als den Kampf gegen Behinderten-WCs.

Michael Sutter, Stadtrat